

Gemeinsame Presseinformation

Kabinettsbeschluss zur Nationalen Wasserstoff-Strategie ist ein wichtiges Signal für die Zukunft der Gasbranche

Berlin, 10. Juni 2020 - Das Bundeskabinett hat in seiner heutigen Sitzung die Nationale Wasserstoff-Strategie verabschiedet. Dazu äußern sich die Vorstandsvorsitzenden des Deutschen Vereins des Gas- und Wasserfaches (DVGW) und des Deutschen Wasserstoff- und Brennstoffzellen-Verbands (DWV):

Prof. Dr. Gerald Linke, Vorstandsvorsitzender DVGW:

„Mit Blick auf die Corona-Pandemie hat das Bundeskabinett erst jetzt die lang erwartete Wasserstoff-Strategie auf die Agenda gesetzt und verabschiedet. Das ist nachvollziehbar, der Beschluss heute war jedoch überfällig. Er ist in vielen Aspekten der lang erwartete Durchbruch für Wasserstoff und bietet eine Perspektive für die deutsche Wirtschaft in der Zeit nach der Krise. Wir stehen bereit, die sehr guten strategischen Ansätze zum Markthochlauf von Wasserstoff jetzt zügig umzusetzen. Wasserstoff ist die Basis für Technologien, die enorme wirtschaftliche Potenziale für Deutschland bieten. Zudem kann er zur nachhaltigen Minderung von CO₂-Emissionen überall dort beitragen, wo gas-basierte Energie die beste Option ist und auch bleiben wird – bei industriellen Prozessen, in der Schwerlast-Mobilität und im Wärmesektor, denn die hier benötigten Mengen und Spitzenleistungen werden durch das deutsche Verteilnetz effizient vor Ort bereitgestellt. Der Nationale Wasserstoff-Strategie müssen nun technische Umsetzungsmaßnahmen, aber auch Anpassungen des Ordnungsrahmens folgen. Die Bundesregierung hat jetzt zwar die tragende Rolle von Wasserstoff in der Energiewende verbrieft, aber bislang kaum regulatorische Hindernisse aus dem Weg geräumt. In der Strategie finden sich nur wenige Maßnahmen, um nachhaltig Märkte für Wasserstoff zu schaffen. Die geplanten Förderinstrumente und Umlagebefreiungen für die Erzeugung von grünem Wasserstoff sind hier nur der erste richtige und notwendige Schritt. Blauer und türkiser Wasserstoff dürfen bei der Marktentwicklung nicht unter den Tisch fallen, um auf die industriell benötigten Mengen zu kommen. Insbesondere aber im Wärmemarkt sehen wir einen der größten Wachstumssektoren für Wasserstoff, dessen Attraktivität jedoch nur noch besser auszugestalten ist, indem die schrittweise Erhöhung der Wasserstoffanteile aktiver gefördert wird.“

Werner Diwald, Vorstandsvorsitzender DWV:

„Die Bundesregierung hat in der Nationalen Wasserstoff-Strategie sowie dem Konjunkturpaket über 9 Milliarden Euro an Förderung für den Markthochlauf einer Wasserstoffwirtschaft in Aussicht gestellt. Das ist ein gutes und wichtiges Signal an die Industrie. Zusätzlich wäre jedoch eine stärkere Fokussierung auf die zeitnahe Ausgestaltung geeigneter regulatorischer

Rahmenbedingungen erforderlich, die einen marktwirtschaftlichen Hochlauf der Wasserstoffwirtschaft im Umfang von mindestens 20 Gigawatt bis 2030 gewährleisten. Insbesondere bietet sich dieses für den landgebundenen Verkehrssektor an. Grüner Wasserstoff und seine Folgeprodukte sind im Vergleich zu anderen Optionen der Treibhausgasemissionen im konventionellen Verkehrssektor bereits heute wettbewerbsfähig. Es fehlt jedoch an der geeigneten Regulierung. Wir fordern daher, dass die Bundesregierung die nationalen Ziele für den Anteil der Erneuerbaren Energien für die in den Verkehr gebrachten Kraftstoffe auf mindestens 20 Prozent anhebt und zusätzlich eine Unterquote von 5 Prozentpunkten für sogenannte E-Fuels einführt. Zudem ist die Anrechnung von mitverarbeitetem grünem Wasserstoff bei der Kraftstoffproduktion vollumfänglich auf die vorgenannten Ziele anzurechnen. Die Bundesregierung würde auf diese Weise einen Markt für grünen Wasserstoff und seine Folgeprodukte von über 15 Gigawatt schaffen, ohne dass es dafür weiterer Fördermittel bedarf. Sehr begrüßenswert ist, dass die Bundesregierung eine Prüfung weiterer Reformen bei den staatlich induzierten Preisbestandteilen im Energiebereich plant, insbesondere wird eine Befreiung der Produktion von grünem Wasserstoff von der EEG-Umlage ohne Erhöhung der Umlage insgesamt angestrebt. Es gilt jetzt aber, sofort bessere wirtschaftliche Voraussetzungen zu schaffen, um die Markteinführung der Wasserstoffwirtschaft nicht zu verzögern. Wir fordern daher für die Erzeugung von grünem Wasserstoff eine Sonderregelung zur Reduzierung der EEG-Umlagen im EEG.“

Hervorzuhebende Aspekte der Nationalen Wasserstoff-Strategie

Erzeugung: Der von der Bundesregierung beschlossene Ausbaupfad für heimische Elektrolyse von 5 Gigawatt bis 2030 und weiteren 5 Gigawatt bis spätestens 2040 bleibt hinter den möglichen und nötigen Ausbaupfaden zurück. Ausdrücklich begrüßenswert sind die geplanten Förderinstrumente und das Markteinführungsprogramm für Elektrolyse. Dies hilft, den technischen Vorsprung hierzulande zu halten und die Power-to-Gas-Technologie zum Wegbereiter eines klimafreundlichen Energiesystems werden zu lassen.

Transport: Mit der in der Nationalen Wasserstoff-Strategie adressierten Nutzung bestehender Infrastrukturen bekommt das vorhandene Gasnetz für die Beimischung oder Umstellung auf Wasserstoff eine realistische Zukunftsperspektive. Damit die volle Bandbreite der sehr gut ausgebauten Gasinfrastruktur in Deutschland genutzt werden kann, muss der notwendige Umbau der Infrastrukturen jetzt gesetzlich ermöglicht und darüber hinaus Wasserstoff als Energiesgas im Sinne des EnWG definiert werden. So wird das Gasnetz zum wichtigen Bestandteil eines raschen und erfolgreichen Wasserstoffausbaupfades.

Anwendung: Das vorhandene Erdgasnetz bietet zudem die optimale Infrastruktur, um Wasserstoff in den Wärmemarkt zu bringen. Dort kann schon jetzt mit der Umstellung auf Wasserstoff-betriebene Brennstoffzellen-Heizungen ein wichtiger Beitrag zur Senkung der CO₂-Emissionen erfolgen. Dazu tragen aber auch bestehende Technologien wie zum Beispiel Brennwert-Heizungen bei, die ohne Umrüstung mit Wasserstoff-Anteilen betrieben werden können. Darüber hinaus werden aktuell groß angelegte Feldtests mit Geräten durchgeführt, denen im Labor eine 20 bis 30 prozentige Verträglichkeit mit Wasserstoff attestiert wurde.

Pressekontakt:

Deutscher Verein des Gas- und Wasserfaches e.V. (DVGW)

Lars Wagner

Telefon: (030) 79 47 36-64

presse@dvgw.de

Deutscher Wasserstoff- und Brennstoffzellen-Verband e. V. (DWV)

Dr. Ulrich Schmidtchen

Telefon: (030) 39820 9946-0

h2@dwv-info.de

Der **Deutsche Verein des Gas- und Wasserfaches e.V. (DVGW)** fördert das Gas- und Wasserfach mit den Schwerpunkten Sicherheit, Hygiene und Umweltschutz. Mit seinen über 13.600 Mitgliedern erarbeitet der DVGW die allgemein anerkannten Regeln der Technik für Gas und Wasser. Der Verein initiiert und fördert Forschungsvorhaben und schult zum gesamten Themenspektrum des Gas- und Wasserfaches. Darüber hinaus unterhält er ein Prüf- und Zertifizierungswesen für Produkte, Personen sowie Unternehmen. Die technischen Regeln des DVGW bilden das Fundament für die technische Selbstverwaltung und Eigenverantwortung der Gas- und Wasserwirtschaft in Deutschland. Sie sind der Garant für eine sichere Gas- und Wasserversorgung auf international höchstem Standard. Der gemeinnützige Verein wurde 1859 in Frankfurt am Main gegründet. Der DVGW ist wirtschaftlich unabhängig und politisch neutral.

Der **Deutsche Wasserstoff- und Brennstoffzellen-Verband e.V. (DWV)** ist seit 1996 als Interessenverband auf die Förderung einer zügigen Markteinführung des Energieträgers Wasserstoff und der Brennstoffzellentechnologie ausgerichtet. Ziel ist es, alle Aspekte einer künftigen Versorgungsinfrastruktur mit Wasserstoff, dessen Herstellung und energetische Nutzung — insbesondere die Energieumwandlung mittels Brennstoffzellen — in eine Sach- und Perspektivdiskussion einzubringen sowie die Marktentwicklung aktiv mitzugestalten. Unsere 299 persönlichen Mitglieder und 113 Mitgliedsinstitutionen und -unternehmen stehen für bundesweit mehr als 1,5 Millionen Arbeitsplätze; der Verband repräsentiert somit einen bedeutenden Teil der deutschen Wirtschaft.